

Positionspapier der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt zum Strukturwandel

anlässlich des Auswärtigen Fraktionstages am 6. März 2019 in Naumburg

Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ empfiehlt in ihrem Abschlussbericht als Abschlussdatum für die Kohleverstromung das Ende des Jahres 2038. Sollte der Bund dieser Empfehlung der Kommission folgen, hat dies existenzielle Auswirkungen für das südliche Sachsen-Anhalt und das dortige Mitteldeutsche Revier. Gerade in diesem Gebiet insbesondere auch im Burgenlandkreis existiert heute eine große Zahl hochwertiger Industriearbeitsplätze im Bergbau, der Energiewirtschaft und der chemischen Industrie sowie von mittelbar verbundenen Arbeitsplätzen.

Im Ergebnis der Gespräche mit dem Landrat des Burgenlandkreises, den Bürgern des Landkreises, einzelnen Vertretern aus der Wirtschaft, der Kultur und Kreistages erwartet die CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt vom Bund:

1. Sofern der Empfehlung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ gefolgt wird, sollte diese nur in ihrer Gesamtheit durch den Bund umgesetzt werden.
2. Die Finanzierung der Maßnahmen zur Abfederung des Strukturwandels infolge des Ausstiegs darf nicht zulasten anderer strukturschwacher Regionen gehen, d. h. im Bundeshaushalt müssen zusätzliche Mittel für die Begleitung des Strukturwandels eingestellt werden.
3. Die CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt wird hierzu eine entsprechende Resolution vorbereiten und in der Fraktion beschließen.
4. Die CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt wird die hierfür eingerichtete Stabstelle in der Landesregierung des Landes Sachsen-Anhalt sowie die im Burgenlandkreis zur Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen, soweit es ihr in ihrem Zuständigkeitsbereich möglich ist.

Die Resolution soll sich insbesondere mit folgenden Zielen auseinandersetzen.

1. Infrastruktur ausbauen

Zwingende Voraussetzung für eine erfolgreiche Strukturentwicklung sind eine länderübergreifende, gut ausgebaute Verkehrs- und digitale Infrastruktur. Hinzu kommen wirtschafts- und forschungsnahe Infrastrukturen.

2. Wirtschafts- und Gewerberegion fördern

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung muss mit der vorherigen und erkennbaren Schaffung von neuen, gleichwertigen und zukunftsgerichteten Arbeitsplätzen einhergehen.

3. Tourismus stärken

Die Tourismusförderung muss in der mitteldeutschen Region einen grundlegenden Platz für die wirtschaftliche Zukunft der Region einnehmen. Im Burgenlandkreis müssen die Schwerpunkte, Weltkulturerbe- und Weinbauregion, gestärkt und ausgebaut werden.

Mögliche Projekte der Kohlekommission für den Burgenlandkreis

Infrastruktur

- Ausbau des mitteldeutschen S-Bahn-Netzes im Süden Sachsen-Anhalts
- Straßenneu-, -um- und -ausbauvorhaben
- Verbesserung der Anbindung des Chemie- und Industrieparks Zeitz durch Verbindung der A 38 mit der A 4
- Aufwertung der Anbindung an das Industriegebiet Webau
- Digitalisierung und Breitbandausbau
- Schaffung von Bildungscampus in den Mittelzentren des Reviers
- Ausbildungsschule der Bundespolizei

Wirtschaft

- Zukunftsinstitut Zeitz
- Interkommunales Industrie- und Gewerbegebiet Weißenfels
- Projekt HYRES TM und Projekt AURA TM
- Ausbau Gewerbegebiet Zeitz
- Profilierung des Chemie- und Industrieparks Zeitz zu einem Standort der nachhaltigen Chemie- und Biosystemtechnik
- Weiterentwicklung und Sicherung der Produktion THG-neutraler Treibstoffe – neuer Antrieb für die Wirtschaft

Tourismus

- Stärkung der Weinregion als touristischer Anziehungspunkt
- Förderung des Weltkulturerbes

Einrichtung einer Stabstelle „Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier“ in der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Zur Steuerung und Begleitung des Ausstiegsprozesses aus der Braunkohleverstromung beabsichtigt die Staatskanzlei, eine Stabstelle mit fünf Stellen einzurichten. Arbeitsschwerpunkt wird die Wahrnehmung der vielfältigen Koordinationsaktivitäten mit Bund, Ländern, Kommunen und Akteuren des Mitteldeutschen Reviers sein, wie es im kleineren Rahmen z. B. bei den Hochwasserhilfen 2013 erfolgt ist. Die Verantwortung für die fachliche Umsetzung verbleibt in den jeweils zuständigen Ministerien. In den anderen vom Kohleausstieg betroffenen Bundesländern werden derzeit vergleichbare Arbeitsstrukturen aufgebaut.